

Luftbelastung trotz Umweltzone zu hoch

Stickstoffdioxid-Werte 2012 in etlichen Städten überschritten / Strengere Kriterien gefordert

DUISBURG. Weil Feinstaub- und Stickstoffdioxidwerte in der Ruhrgebiets-Luft weiter hoch sind, fordern Umweltschützer strengere Kriterien für die Umweltzone. „Nicht nur für den Straßenverkehr müssen Verschärfungen schneller eingeführt werden, auch für andere Verursacher brauchen wir strengere Auflagen“, erklärte Kerstin Ciesla, stellvertretende Vorsitzende des Bundes für Umwelt und Naturschutz (BUND) NRW. Ciesla wirkt an dem Bündnis „Rußfrei fürs Klima“ mit, das gestern in Duisburg Maßnahmen zur Luftverbesserung vorstellte.

Sorge bereitet den beteiligten Verbänden - BUND, Naturschutzbund (Nabu), Deutsche Umwelthilfe und Verkehrsclub Deutschland - ins-, besondere die hohe Belastung durch Stickstoffdioxid. 2012 wurde der zulässige Jahresmittelwert in etlichen Ruhrgebietsstädten überschritten. Trotz Umweltzone drohen in diesem Jahr auch beim Feinstaub Grenzwertüberschreitungen, etwa in Gelsenkirchen und Herne. „Die EU denkt bereits jetzt über die Verschärfung der Grenzwerte nach“, meinte Kampagnen-Koordinator Jens Hilgenberg.

Die Umweltschützer appellieren an die Ruhr-Kommunen, die Übergangsfristen zu verkürzen: Bis Juli 2014 haben auch Fahrzeuge mit gelber Plakette noch Einfahrt in die Ruhrgebietsstädte. „Wir müssen schneller auf Grün schalten“, so Hilgenberg. „Die Umweltzone gilt außerdem nicht auf Autobahnen“, kritisierte Ciesla. Hier müsse nachgebessert werden.

Neben dem Verkehr hätten vor allem industrielle Abgase einen großen Anteil an der Luftverschmutzung. In Innenstädten tragen den Angaben zufolge Bagger und Co. bis zu einem Viertel der Rußemissionen bei und verursachen knapp 30 Prozent der Feinstaubbelastung.

Auch die Binnenschifffahrt rückt in den Fokus. Zwar sei der Güterverkehr per Schiff insbesondere in Sachen CO₂- Ausstoß eine gute Alternative, „die Binnenschifffahrt muss aber aufpassen, dass sie ihren Ökovorteil nicht einbüßt“, meinte Hilgenberg. Nach dem Willen der Umweltschützer sollten Reedereien ermuntert werden, auf neue Filtertechniken umzurüsten. Ein weiterer Vorschlag lautet: Dieselaggregate und Motoren beim Anlegen auszuschalten. „Mittelfristig sollten alle Anlegeplätze mit Landstromversorgung ausgestattet sein“, sagte Ciesla. **dpa**

Ruhr Nachrichten, 9. August 2013